

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	55.VA	PA	RR
Datum		26.11.2015		
NIEDERSCHRIFT				
Düsseldorf, den 09. Februar 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf, Plenarsaal

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 10.50 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**

2. **Genehmigung der Niederschrift über die 54. Sitzung des Verkehrsausschusses am 10.06.2015**

3. **Landesstraßenbauprogramme 2016 - Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Radwegebau-
maßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

4. **Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017**
hier: Meldung der zur Bewertung vorgesehenen Vorhaben beim Land NRW

5. **Aufnahme der „Regiobahnverlängerung und Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV-Bedarfsplan**

6. **Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 – Beschlussfassung Teil Straße**
hier: Beschlussfassung oder Kenntnisnahme

7. **Landesstraßenbauprogramm 2016 für Maßnahmen des Landesstraßen-
ausbauplans (UAIi)**
hier: Berichterstattung

8. **Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.09.2015 zur Fortschreibung der Priorisierungslisten Straßenplanung**

9. Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.09.2015 zu den Möglichkeiten der Reduzierung von Bahnlärm

10. Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.09.2015 zum Sachstand Radschnellwege

11. Information der Verwaltung

12. Verschiedenes

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Herr Hans-Hugo Papen (CDU), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Friedrich, Herrn Jansen und Herrn Biewald vom Landesbetrieb Straßen NRW sowie Herrn Drabniok vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR).

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und bittet um Genehmigung der Tagesordnung.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 54. Sitzung des Verkehrsausschusses am 10.06.2015

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3 Landesstraßenbauprogramme 2016 - Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2016 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 3/ 55 VA bzw. 6 / 63 RR vom 02.11.2015.

Herr Hildemann (SPD) erklärt, die beiden großen Fraktionen seien, wie auch in den Vorjahren, erstaunt über die Priorisierungsvorschläge und insbesondere den Umsetzungsstand der Priorisierungen und bittet zunächst um Erläuterung.

Herr Plück (Verwaltung) erläutert die Sitzungsvorlage. Die Reihenfolge der Maßnahmen ergebe sich durch ein landeseinheitliches Bewertungssystem. Wie auch in den Vorjahren seien ca. 15 % der landesweit zur Verfügung stehenden Mittel für den Bereich des Regionalrates Düsseldorf vorgesehen. Die Haushaltsberatungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Der Vorsitzende und Herr Selders (CDU) verweisen auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 23.11.2015.

Herr Selders (CDU) führt aus, seine Fraktion erwarte bis zur Regionalratssitzung die Vorlage einer aussagekräftigen Aufstellung, denn die zum heutigen Tag vorgelegten Priorisierungslisten seien unbefriedigend. Es erschließe sich in keiner Weise, wie der Landesbetrieb Straßenbau bei der Bildung der Prioritäten und der Umsetzung vorgehe.

Herr Hildemann (SPD) verschärft die Aussage des Vorredners, seit Jahren werde diese Problematik durch den Verkehrsausschuss angesprochen. Einige Projekte seien auf den vorderen Rängen, ohne das seit Jahren etwas passiere. Auch würden die empfohlenen Voten des Ausschusses als Empfehlung aufgegriffen, blieben letztendlich nach seinem Eindruck jedoch unberücksichtigt.

Auch Herr Brügge (CDU) bittet um detaillierte Erläuterungen. Verbesserungswürdig sei die Transparenz gegenüber dem Ausschuss. Er kritisiert im Vorgriff auf TOP 8 die Beantwortung der Anfrage der CDU. Auch sei eine Realisierung einzelner Projekte nicht erkennbar. Der Ausschuss könne unter diesen Umständen seine Tätigkeit gegenüber der Bürgerschaft und den Kommunen nicht rechtfertigen.

Herr Jansen, seit drei Wochen der neue Leiter der Regionalniederlassung Niederrhein, greift die Kritik der mangelnden Transparenz auf und erläutert seine Sichtweise. Die Prioritäten des Regionalrates seien bindend, dennoch könnten nicht alle Maßnahmen auch in der entsprechenden Reihenfolge umgesetzt werden. Es könne sein, dass Maßnahmen, die von der Priorität her weiter hinten lägen, planerisch schneller umgesetzt werden könnten als die vorderen Prioritätenränge.

Er sagt zu, den aktuellen Verfahrensstand für die ersten fünf Maßnahmen für die kommende Regionalratssitzung konkreter zu benennen und zu erläutern, warum es ggf. zu Verzögerungen gekommen sei.

Herr Dr. Grumbach (FDP/FW) hinterfragt den Stand der Vorentwürfe der ersten Maßnahme und möchte wissen, warum ein Vorentwurf über fünf Jahre dauere.

Frau Friedrich (Straßen NRW) sagt, der Planungsstand der ersten Maßnahme werde zum Jahresende in einen genehmigten Vorentwurf übergehen. Die Planfeststellung könne dann im Herbst des nächsten Jahres eingeleitet werden.

Herr Edelhoff (SPD) äußert, es erschließe sich nicht, welche Maßnahmen im nächsten Jahr umgesetzt würden.

Herr Schiffer (FDP/ FW) fragt nach, ob es eine zweite Liste mit den Maßnahmen, die in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden, geben könne.

Herr Jansen erwidert, dieser Vorschlag könne aufgegriffen werden. Damit werde mehr Transparenz gewährleistet.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen.

Hinweis: Die Verwaltung wurde gebeten, die Sitzungsvorlage bis zur Regionalrats-sitzung entsprechend der Diskussionen im Ausschuss zu ergänzen.

Der Vorsitzende bittet den Landesbetrieb, seine ablehnende Haltung gegenüber der Teilnahme an Vorbereitungssitzungen der Fraktionen zu überdenken. Die Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Regionalrates diene der Aufgabenwahrnehmung des Regionalrates und könne nicht als direkte Zusammenarbeit mit den Parteien verstanden werden.

TOP 4 Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017

hier: Meldung der zur Bewertung vorgesehenen Vorhaben beim Land NRW

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 4/ 55 VA bzw. 7/ 63 RR vom 02.11.2015

Eine ergänzende Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Herr Dr. Grumbach (FDP/FW) weist darauf hin, das Ministerium biete auf seiner Homepage die Möglichkeit an, Maßnahmen mit einem Online-Fragebogen bis zum 30.11.2015 anzumelden. Er möchte wissen, wer dort Wünsche anmelden könne und ob es möglich sei, eine Liste dieser Gesamtanmeldungen zu erhalten.

Herr Plück (Verwaltung) verweist auf die „Jedermannbeteiligung“ als Ergänzung des Beteiligungsverfahrens. Die Möglichkeit dieser Online-Beteiligung richte sich an die gesamte Bürgerschaft, Privatpersonen und Vereine. Sie laufe aber nicht über die Bezirksregierung, sondern unmittelbar über das Portal des Verkehrsministeriums.

Er nehme die Anregung auf, beim Verkehrsministerium nachzufragen, ob und inwiefern eine Veröffentlichung aller Vorschläge stattfinden werde..

Auf Nachfrage von Frau Arndt (Bündnis 90/ Der Grünen), ob die Haltepunkte aus dem GEP 99 in der Liste berücksichtigt seien, obwohl sie noch nicht umgesetzt seien, antwortet Herr Plück (Verwaltung), es gehe erst einmal um die Sammlung von Maßnahmen, die bewertet werden sollen. Die Beschlussfassung der Priorisierung werde dann vermutlich im Jahr 2017 sein. Es obliege jeder Gebietskörperschaft und jedem Zweckverband, diejenigen Vorhaben, die noch aktuell seien und bewertet werden sollen, zu melden.

Der Verkehrsausschuss ergänzt den Beschlussvorschlag und fasst in seiner Sitzung am 26.11.2015 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 4/ 55 VA bzw. 7/ 63 RR vom 02.11.2015 und zur Tischvorlage vom 25.11.2015:

Der Regionalrat beschließt die in der Anlage und in der Anlage 1a der Tischvorlage vom 25.11.2015 vorgesehenen Projektvorschläge zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplan NRW 2017.

TOP 5 Aufnahme der „Regiobahnverlängerung und Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV-Bedarfsplan

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 5/ 55 VA bzw. 8/ 63 RR vom 02.11.2015.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Verkehrsausschuss fasst in seiner Sitzung am 26.11.2015 einstimmig den folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 5/ 55 VA bzw. 8/ 63 RR vom 02.11.2015

Der Regionalrat beschließt, dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) die Aufnahme des ÖPNV Vorhabens „Regiobahnverlängerung + Elektrifizierung“ in den aktuellen ÖPNV Bedarfsplanes des Landes NRW sowie in den Infrastrukturfinanzierungsplans vorzuschlagen.

**TOP 6 Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 – Beschlussfassung
Teil Straße**

hier: Beschlussfassung oder Kenntnisnahme

Herr Plück (Verwaltung) erläutert, an dem ursprünglich bestehenden Zeitplan des Bundes zur Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans, der den Kabinettsbeschluss für das Jahr 2015 vorgesehen habe, werde offenbar nicht mehr festgehalten. Die Verabschiedung sei unter Berücksichtigung einer 6-wöchigen Öffentlichkeits- und Länderbeteiligung in diesem Jahr nicht mehr möglich ist. Die Notwendigkeit einer Sondersitzung im kommenden Jahr könne nicht ausgeschlossen werden.

Herr Gluch (CDU) bittet bis zur Regionalratssitzung um weitere schriftliche Sachstandsmitteilung.

Der Verkehrsausschuss nimmt die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Hinweis: Die Verwaltung wird gebeten bis zur Regionalratssitzung eine
Tischvorlage mit dem aktuellen Sachstand zu erstellen.

**TOP 7 Landesstraßenbauprogramm 2016 für Maßnahmen des Landesstraßen-
ausbauplans (UAIi)**

hier: Berichterstattung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage: 7/ 55 VA vom 02.11.2016.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 8 Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.09.2015 zur
Fortschreibung der Priorisierungslisten Straßenplanung**

Gegenstand der Beratung war die Tischvorlage 8/ 55 VA vom 25.11.2016.

Herr Selders (CDU) bringt zum Ausdruck, auf allen zuständigen Ebenen gehe es nicht voran, der Bund stelle Infrastrukturmittel zur Verfügung und der Regionalrat müsse zur Kenntnis nehmen, dass keine Maßnahmen planfestgestellt würden. Dies sei mehr als bedauerlich und in der Sache unbefriedigend. Es müsse mehr Druck geschaffen werden. Er hinterfragt, was der zuständige Landesbetrieb dafür tue, dass diese Defizite abgebaut würden.

Herr Jansen (Straßen NRW) erwidert, der Landesbetrieb werde gerade neu aufgestellt. Dies bedeute die Schaffung einer neuen Struktur. Positiv sei die Neueinstellung junger Ingenieure, so dass zukünftig anders agiert werden könne. Auch zusätzliche Planungsmittel seien aufgestockt worden.

Herr Brügge (CDU) kritisiert, die Anfrage sei am 21.09.2015 gestellt, aber erst am 25.11.2015 als Tischvorlage beantwortet worden. Die Anfrage sei dabei lapidar beantwortet, seine Fraktion wolle beispielsweise konkret wissen, bei welchen Maßnahmen externe Planungsleistungen beauftragt werden. Weiterhin wirft er auf, wenn bei der Nachfrage zu den Veränderungen in der Priorisierung der Maßnahmen der Landesbetrieb nicht zuständig sei, könne vielleicht die Bezirksregierung Auskunft geben.

Herr Plück (Verwaltung) erklärt, es sei die Priorisierungsliste des Verkehrsministeriums NRW und die Bezirksregierung habe diese dem Regionalrat zur Kenntnis gegeben, ohne eigene Kompetenzen in diesem Bereich zu haben.

Herr Papen hält fest, er hoffe auf die gemeinsamen Bemühungen aller Akteure, die Vorhaben im Regierungsbezirk weiter voranzutreiben.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 9 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.09.2015 zu den Möglichkeiten der Reduzierung von Bahnlärm

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 9/ 55 VA vom 20.11.2016.

Herr Dr. Grumbach (FDP/FW) bedauert, auch zwei Monate nach der Anfrage seiner Fraktion keine fachlich ausgearbeitete Antwort erhalten zu haben. Er hätte sich diesbezüglich einen Fachvortrag gewünscht, der die technischen Möglichkeiten aufzeige.

Herr Plück (Verwaltung) gibt zu bedenken, die Bezirksregierung sei originär nicht zuständig. Das Informationsbedürfnis des Ausschusses sei selbstverständlich nachvollziehbar, es werde seitens seines Fachdezernates versucht, Referenten aus den zuständigen Behörden oder von der Deutschen Bahn AG in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 10 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.09.2015 zum Sachstand Radschnellwege

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 10/ 55 VA vom 20.11.2016.

Herr Gluch (CDU) merkt an, seine Fraktion lege Wert darauf, die den Planungsraum Düsseldorf betreffenden Teile der Machbarkeitsstudie den Regionalratsmitgliedern zugänglich zu machen und bittet um nähere Erläuterungen zu den Eckdaten und zum Zeitrahmen.

Herr Plück (Verwaltung) erwidert, er gehe davon aus, dass bis Mitte des kommenden Jahres die Machbarkeitsstudie den Räten der betroffenen Kommunen vorgelegt und damit auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Er sagt zu, den Ausschuss entsprechend zu informieren.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 11 Information der Verwaltung

Herr Plück (Verwaltung) sagt zu, die Sachstandsmitteilungen zu den Verfahren Betuwe und RRX als ausführliche Information zum Protokoll zu geben.

*Der Sprechzettel wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.*

Der Verkehrsausschuss nimmt die Information einstimmig zur Kenntnis.

TOP 12 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.50 Uhr.

Papen

(Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

Dr. Fils

(Mitglied des
Verkehrsausschusses)

Sablofski

(Schriftführerin)

Der Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste –
Verkehrsausschusssitzung am 26.11.2015

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger, Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk (GF)	
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	
Schroeren, Michael	√
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	√
Wurm, Günter	

FDP/ FW

Name	anwesend
Gerhard, Frank	√
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Gulan, Boris	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Brücher, Bettina	
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	√

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepman, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerken, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	√
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungsbeschäftigte Kuchenbecker
Herr Regierungsoberbaurat Plück
Herr Regierungsdirektor Kießling
Frau Regierungamtfrau Sablofski

Dezernat 25
Dezernat 25
Dezernat 32
Dezernat 32

Sprechzettel zum TOP 11 / 55. VA-Sitzung am 26.11.2015

Informationen der Verwaltung

DB-Strecken „ABS 46/2 Grenze D/NL - Emmerich – Oberhausen („Betuwe“-Linie“) und „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“

Sachstandsmitteilung

Seit der letzten Sachstandsmitteilung an den VA mit Datum vom 08.06.2015 stellen sich die Verfahrensstände bei der BR Düsseldorf wie folgt dar:

1. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“

Hierzu sollen 12 Planfeststellungsverfahren geführt werden. Bei der BR Düsseldorf sind über das Eisenbahnbundesamt mittlerweile **alle zwölf** Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren eingegangen:

- PFA 3.1 Rees-Haldern

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 23.02.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Diese Gegenäußerung liegt der BR seit dem 14.11.2013 vor und ist Grundlage für weitere durch die BR durchzuführende Abstimmungen sowie für den sich anschließenden Erörterungstermin.

Der Erörterungstermin hat am 11.06.2014 im Bürgerhaus der Stadt Rees stattgefunden. Der Termin konnte in Anwesenheit von ca. 85 Personen, davon 60 private Einwender, an einem Tag durchgeführt werden. Es herrschte dabei eine sachliche Atmosphäre, so dass es gelang, die themenorientierte Tagesordnung umfassend zu erörtern.

Die sich anschließende Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange hat ergeben, dass noch Anpassungen vorgenommen werden müssen, deren Bearbeitung andauert.

Neu: Wegen der notwendigen Anpassungen ist bei der DB Projektbau ein Deckblattverfahren in Bearbeitung, welches noch 2015 bei der BR vorgelegt werden soll.

Insoweit ist die Fertigung eines Anhörungsberichts derzeit nicht aktuell. Nach Eingang des angekündigten Deckblattes ist zu prüfen, welche Schritte zur Beendigung des Anhörungsverfahrens durchgeführt werden müssen. [Einwendungen: **260** Stück]

- PFA 1.1 Oberhausen

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 21.03.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort bearbeitet. Die daraufhin von der DB erstellte Gegenäußerung liegt der BR seit dem 24.06.2013 vor.

Nach Prüfung der Gegenäußerung auf die Erörterungsreife und deren Überarbeitung wurde am 20.11.2013 in Oberhausen der (erste „Betuwe“-)Erörterungstermin durchgeführt. Von den rd. 30 Einwendern haben 13 am Termin teilgenommen. Von den TöB waren 19 Vertreter anwesend. Der Termin konnte in sachlich-konstruktiver Atmosphäre an einem Tag durchgeführt werden. Hauptdiskussionspunkte waren erwartungsgemäß Grundstücksinanspruchnahmen, Lärmbeeinträchtigungen und BÜ-Beseitigung bzw. –ersatz. Im Nachgang sind von der DB verschiedene Erläuterungen sowie Änderungen/Ergänzungen des Antrags als sogenanntes Deckblatt vorzulegen und zu prüfen. Danach ist der Antrag zur abschließenden Prüfung und Entscheidung an das EBA als Planfeststellungsbehörde zurückzugeben.

Die Ergänzungen sind als Deckblatt am 19.10.2014 bei der BR Düsseldorf eingegangen. Nach inhaltlicher Überprüfung der Unterlagen und nach der Beteiligung der jeweils betroffenen Träger der Öffentlichen Belange wurde der erste Betuwe- Anhörungsbericht fertiggestellt und im April 2015 an das Eisenbahnbundesamt versandt.

Neu: Seit dem 01.10.2015 liegt nunmehr der Planfeststellungsbeschluss des EBA vor. Hierin enthalten ist eine Einzelfallentscheidung für eine zusätzliche Schallschutzwand von 250 m Länge im Gleisdreieck „Grafenbusch“. Zum Sicherheitskonzept hat das EBA einen Vorbehalt für die Löschwasserversorgung (96 m³/h bei einem Abstand der Entnahmestellen von ca. 300 m); dies wird von der DB gutachterlich auf Einhaltung untersucht. Ferner hat das EBA die Breite von 1,60m der Zuwegungen und Zugangstüren in Schallschutzwänden für diesen Abschnitt bestätigt. [Einwendungen: **30** Stück]

- PFA 3.3 Emmerich-Praest

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 02.05.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt der BR Düsseldorf seit dem 15.07.2014 vor.

Am 04.03.2015 hat der Erörterungstermin in der Schützenhalle Kapaunenberg in Emmerich stattgefunden. Es haben neben den Vertretern der BR und der Antragstellerin ca. 20 Vertreter von Trägern öffentlicher Belange sowie ca. 80 private Einwender teilgenommen. Der Termin konnte in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre am Ende des ersten Tages abgeschlossen werden.

Hauptschwerpunkte waren die Lärmbelästigungen, das Sicherheitskonzept und die Eisenbahnkreuzungen. Die Verhandlung hat ergeben, dass Korrekturen im Rahmen eines Deckblattverfahrens notwendig werden.

Medieninteresse war nicht festzustellen.

(kein geänderter Sachstand) [Einwendungen **780** Stück]

- PFA 1.4 Voerde

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 05.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 22.09.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Neu: Am 18.11. und 19.11.2015 hat der Erörterungstermin in der Kathrin-Türks-Halle in Dinslaken stattgefunden. Am ersten Tag waren insgesamt 150 Personen anwesend, hiervon ca. 120 private Einwender und 30 Vertreter öffentlicher Belange. Am zweiten Tag waren noch ca. 50 Privatpersonen und ca. 20 Vertreter öffentlicher Belange anwesend. Schwerpunktmäßig wurden die Themen Lärm, Lärmschutz, Gestaltung des Bahnhofs Voerde sowie die Schließung des Bahnübergangs Schwanenstraße besprochen. [Einwendungen: **890** Stück, zuzüglich **1.300** via Unterschriftsliste]

- PFA 1.3 Dinslaken

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind auch hier abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 18.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 30.10.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Neu: In Abstimmung mit der DB Projektbau wurde festgelegt, dass der Erörterungstermin ab dem 25.11.2015 in der Kathrin-Türks-Halle in Dinslaken durchgeführt wird. [Einwendungen: **580** Stück]

- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Hamminkeln begann am 11.03.2013 und endete am 10.04.2013. Die sich anschließende zweiwöchige Einwendungsfrist endete am 24.04.2013. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übersandt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 12.12.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Neu: Der Erörterungstermin findet am 13.04.2016 statt.

[Einwendungen: **919** Stück]

- PFA 3.2 Rees

Der Planfeststellungsantrag wurde als siebtes Verfahren am 14.06.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Rees begann am 07.10.2013 und endete am 06.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 20.11.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Neu: Die Gegenäußerung der DB Projektbau ist bei der BR Düsseldorf am 24.06.2015 eingegangen.

[Einwendungen: **1404** Stück]

- PFA 2.1 Friedrichsfeld

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR am 15.08.2013 vorgelegt. Die Offenlage der Antragsunterlagen begann am 22.10.2013 und endete am 21.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 05.12.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 19.02.2015 bei der BR Düsseldorf vor.

Neu: Der Erörterungstermin findet am 09.03.2016 statt.

[Einwendungen: **404** Stück]

- PFA 2.2 Wesel

Der Planfeststellungsantrag wurde am 05.09.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Wesel begann am 04.11.2013 und endete am 03.12.2013. Die Einwendungsfrist war am 17.12.2013 beendet.

40% der privaten Einwendungen sind der DB Projektbau am 14./15.10. 2014 zur Bearbeitung der Synopse übergeben worden. Die restlichen Unterlagen wurden komplett vom 09.-11.03. 2015 der DB Projektbau zur Bearbeitung der Synopse übergeben.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: 2350 Stück]

- PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 10. Verfahren am 12.11.2013 vorgelegt. Die Unterlagen wurden daraufhin auf deren Tauglichkeit für die Offenlage geprüft.

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Oberhausen hat am 03.02.2014 begonnen und endete am 02.03.2014. Die Einwendungsfrist lief am 17.03.2014 ab. Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange ist erfolgt.

Die Abgabe aller Unterlagen an die DB Projektbau zur Erstellung einer Synopse fand am 24.06.2014 statt. Diese liegt seit dem 30.04.2015 vor.

Derzeit werden auch noch bauplanungsrechtliche Differenzen geprüft. Seitens der DB Projektbau wurde deshalb schon zum jetzigen Zeitpunkt ein umfangreiches Deckblattverfahren angekündigt, dessen Bearbeitung insoweit parallel zur weiteren Synopsenbearbeitung stattfindet. Deshalb ruht die inhaltliche Prüfung und Abstimmung mit den Trägern der Öffentlichen Belange derzeit, weil zunächst die Auswirkungen, die durch die Deckblattänderungen entstehen können, abgewartet werden müssen. Nur auf diesem Wege ist garantiert, dass eine vollständige Gegenäußerung zur Vorbereitung des Erörterungstermins erstellt werden kann.

Als Besonderheit wurde die Möglichkeit geprüft, ein Kompensationsgrundstück im Rahmen der Veränderungssperre befristet für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Zu diesem Thema ist am 06.03.2015 die Vereinbarung über die befristete Nutzung dieses Kompensationsgrundstückes für Flüchtlingsunterbringung, die von der Stadt Oberhausen und der DB Projektbau unterschrieben wurde, bei der BR Düsseldorf eingegangen. Zu dieser befristeten Außerkraftsetzung der geltenden Veränderungssperre wurde die Zustimmung erteilt.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: 660 Stück)

-PFA 3.4 Emmerich

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 11. Verfahren am 18.02.2014 vorgelegt. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Tauglichkeit zur Offenlage wurde diese vom 14.05.2014 bis zum 13.06.2014 durchgeführt, die Einwendungsfrist für private Einwendungen endete am 27.06.2014.

Neu: Die eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im Zeitraum vom 20. – 22. 07. 2015 übergeben.

(Einwendungen: 900 Stück)

-PFA 3.5 Emmerich-Elten

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf am 04.06.2014 als letzter Antrag vorgelegt. Nach Vornahme der Unterlagenprüfung wurde die Offenlage kurzfristig vorbereitet und hat in der Zeit vom 27.10.2014 bis zum 26.11.2014 stattgefunden. Die Frist für private Einwendungen endete am 10.12.2014. Wegen der Grenznähe zu den Niederlanden musste in diesem einen PFA zeitgleich eine Offenlage in den Niederlanden erfolgen.

Die Ende letzten Jahres abgeschlossene Offenlage hat ergeben, dass ca. 900 private Einwendungen geltend gemacht worden sind. Aus den Niederlanden sind weder private Einwendungen noch Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen.

Neu: Nach eingehender Bearbeitung wurden die eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im September 2015 übergeben.

(Einwendungen: 870 Stück)

Ausblick

Im Jahr 2014 konnten verabredungsgemäß von der DB Projektbau alle noch fehlenden PFA'e vorgelegt werden. Das hat dazu geführt, dass von der BR Düsseldorf bis Jahresende 2014 alle zwölf PFA'e offengelegt werden konnten.

In den kommenden Jahren werden auf der Grundlage der neuen Personalsituation die noch nicht erledigten neun Erörterungstermine in Abstimmung mit der DB Projektbau zeitgerecht durchgeführt. Bis Ende des Jahres 2015 sind die ersten zwei Termine festgelegt worden, der PFA 1.4 Voerde ab dem 18.11.2015 sowie der PFA 1.3 Dinslaken ab dem 25.11.2015. Für das erste Quartal 2016 sind die Erörterungstermine für die PFAe 2.3 Hamminkeln-Mehrhog und 2.1 Friedrichsfeld eingeplant.

Nach Abschluss der jeweiligen Anhörungsverfahren wird das EBA als Planfeststellungsbehörde die endgültigen Beschlüsse fertigen.

Neu: Mit den beschriebenen Terminierungen sind alle bei der BR Düsseldorf bis Mai 2015 eingegangenen acht Synopsen in konkreter Bearbeitung, wobei der PFA 1.2 wegen der beschriebenen Deckblattproblematik eine Sonderstellung hat.

Insoweit muss derzeit lediglich der am 24.06.2015 neu eingegangene PFA 3.2 Rees für das weitere Jahr 2016 eingeplant werden, wobei dabei auch das andere Großvorhaben RRX in den Fokus genommen werden muss. Damit sind im Betuwe-Verfahren bezogen auf den Eingang der Synopsen bei der BR Düsseldorf nur noch drei PFAe (2.2 Wesel, 3:4 Emmerich und 3.5 Emmerich-Elten) offen.

2. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX)

In diesem Großprojekt sollen insgesamt 13 Planfeststellungsverfahren geführt werden, davon fallen 8 Verfahren in die Zuständigkeit der BR Düsseldorf. Bei der BR liegen derzeit die folgenden **drei** Verfahren vor:

- PFA 1.3 Leverkusen-Rheindorf – Langenfeld-Berghausen

Der Antrag wurde ab dem 23.04. bis zum 22.05.2012 in der Stadt Langenfeld ausgelegt. Die Einwendungsfrist endete am 05.06.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. Die Gegenäußerung wurde der BR von der DB vorgelegt und zwischenzeitlich auf die Geeignetheit zur Durchführung eines Erörterungstermins geprüft.

Der Erörterungstermin hat am 22.01.2014 stattgefunden. Der eintägige Termin mit etwa 80 Teilnehmern ist sachlich verlaufen, in einzelnen Streitpunkten konnte eine Lösung gefunden werden. Der Termin hat aber auch ergeben, dass Planänderungen im Rahmen eines Deckblattverfahrens durchzuführen sind, bevor der Anhörungsbericht des Dezernates 25 zur Versendung an das Eisenbahnbundesamt vorbereitet werden kann.

Im April 2015 ist das Deckblatt bei der Bezirksregierung eingegangen. Wegen der möglichen Betroffenheiten vor allem bei geänderten Lärmschutzbereichen war eine Offenlage der neuen Unterlagen in Langenfeld notwendig, deren Vorbereitung wegen der zeitlichen Dringlichkeit und wegen der Notwendigkeit, bis zu den Sommerferien die Offenlage abgeschlossen zu haben, unmittelbar vorgenommen wurde. Sie hat im Zeitraum vom 11.05. – 10.06.2015 im Rathaus der Stadt Langenfeld stattgefunden, die 14-tägige Einwendungsfrist endete am 24.06.2015.

Ca. 25 neue auf die Deckblattänderungen bezogenen privaten Einwendungen sind fristgerecht erhoben worden. Es ist mit der DB Projektbau verabredet, die jetzt notwendigen Maßnahmen wie z.B. die Synopsenerstellung vorrangig zu bearbeiten.

Neu: Der Erörterungstermin wird am 16.12.2015 in Langenfeld stattfinden.

(Einwendungen: 69 im Hauptverfahren, 29 im Deckblattverfahren)

- PFA 4 Mülheim an der Ruhr

Das EBA hat aufgrund der geringfügigen Änderungsmaßnahmen entschieden, für diesen Abschnitt ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. In diesem Verfahren wurde die BR am 07.05.2013 (Eingang) als TÖB beteiligt und um Stellungnahme gebeten.

Nach Beteiligung der Fachdezernate wurde die Stellungnahme der BR an das EBA gesandt. Am 31.10.2013 hat das EBA die Plangenehmigung erlassen.

(kein geänderter Sachstand)

-PFA 5a Essen

Der Planfeststellungsantrag 5a ist am 12.03.2014 bei der BR Düsseldorf vorgelegt worden. Die Durchsicht und Überprüfung der Unterlagen zur Vorbereitung einer späteren Offenlage wird eingeleitet.

Die Offenlage hat vom 01.09.2014 bis zum 30.09.2014 in Essen stattgefunden, die Frist für die privaten Einwendungen endete am 14.10.2014

(Einwendungen: 15 Stück)

Neu: Der Erörterungstermin wird am 02.12.2015 in Essen stattfinden.

Ausblick:

Nach dem derzeitigen Sachstand können die PFAen 1.3 Langenfeld und 5a Essen wie abgestimmt bis Jahresende 2015 erörtert werden, so dass zumindest für den PFA 1.3 im Jahr 2016 ein Anhörungsbericht gefertigt werden kann.

Bezüglich der ausstehenden Abschnitte in den PFAen 2 und 3 in den Stadtgebieten Düsseldorf und Duisburg bleibt abzuwarten, welche Eingänge bei der BR Düsseldorf zu verzeichnen sind. Konkret angekündigt ist weiterhin nur der PFA 3.0 (Düsseldorf Wehrhahn/Unterrath), der dann zur Offenlage gebracht werden müsste.

Das MBWSV hat seit Ende Februar 2014 im Rahmen der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksregierungen und der DB für die beiden Verfahren zwei Internetseiten gestaltet, die über die aktuellen Sachstände informieren:

- <http://www.rrx.de/index.php?id=60>
- http://www.mbwsv.nrw.de/verkehr/nahverkehr/Bus_Bahn/Planungsstand_Betuwe/index.php